

Ein „Solidarisches Dortmund“ ist möglich

Kommunalwirtschaftliche Überlegungen zur Umsetzung des Wahlprogramms der Dortmunder PDS/OL

Wolf Stammnitz

Vorwort

In den Beratungen zu unserem Kommunalpolitischen Programm „Für ein solidarisches Dortmund“ Ende 2003 blieben wir der großen Frage, wie denn eine „andere Welt“, die „keine Ware“ mehr sein soll, in einem hoch entwickelten Land ökonomisch funktionieren kann, noch manche Antwort schuldig. Teils haben wir verschiedene Antworten nur noch nicht auf einen Nenner gebracht, teils müssen wir sie noch suchen. Beides gelingt in der pluralistischen PDS nicht per Verkündigung ex cathedra oder durch Abschreiben der in Ostdeutschland verordneten Rezepte, sondern nur in offenem und öffentlichem Meinungsstreit an der Basis vor Ort. Dieser Klärung zwischen PDS-Mitgliedern und Unterstützenden ihrer Offenen Liste sollen die folgenden Überlegungen Impulse geben.

Ich wollte also keine „Allgemeine Theorie der demokratisch-sozialistischen Kommunalwirtschaft“ abliefern – das könnte ich auch nicht – sondern sozusagen die Leitplanken mit Leuchtfarbe anstreichen, zwischen denen ich mir eine Wirtschaftspolitik im Dortmunder Stadtrat vorstellen kann, die soziale und solidarische Alternativen zum neoliberalen Crashkurs eröffnet. Vielleicht weisen sie auch über den engen lokalen Bezug hinaus.

Ausdrücklich halte ich mich aus dem – gewiß überfälligen, aber von anderen wissenschaftlichen Kalibern auszufeuchtenden – Streit heraus, ob vielleicht doch eine Art Neo-Keynesianismus weiterhilft, wo der Neoliberalismus so offenkundig versagt; oder ob vielleicht doch diese und jene Erfahrung des untergegangenen Staatssozialismus Denkanstöße für künftige Gemeinwesen liefern kann. Allerdings kommt der Versuch, Fluchtlinien einer „solidarischen“ Kommunalwirtschaft für heute zu skizzieren, nicht umhin, sich in gewissem Maß auch theoretisch als Gegenkonzept zur neoliberalen „Theorie“ (zutreffender: Propaganda) zu profilieren. Ganz ohne Theorie kommen wir nicht weiter.

Das schließt ein, an praktische Erfahrungen und theoretische Erkenntnisse neu anzuknüpfen, die Kohl's „geistig-moralische Wende“ – und vor ihr schon Gewerkschaftsführer! – vielleicht zu unrecht zerrissen hatten: Erfahrungen und Erkenntnisse der Gemeinwirtschaftsbewegung. Anregungen hierfür fand ich in kommunalpolitischer und gewerkschaftlicher Literatur der 60er bis 80er Jahre. Zugleich nehme ich bewußt Spuren wieder auf, von denen die Grünen aus opportunistischen Gründen Anfang der 90er Jahre abgelenkt sind.

Die Diskussion ist eröffnet. Ich wünsche dieser Arbeit ein lebendiges und kritisches Echo.

Einleitung

Das neoliberale Stadtumbaukonzept, von Schröder, Eichel, Steinbrück usw. mit politisch gewolltem Ausbluten der Gemeindefinanzen erzwungen und von OB's und Stadtkämmerern mehr oder weniger zustimmend durchgesetzt, erweist sich inzwischen an allen Ecken als monströser Schwindel. Nämlich praktisch als riesige Spekulationsblase – „Bubble economy“ – und theoretisch als Betrug. Dafür hier nur zwei Dortmunder Beispiele.

Für die Praxis das „3do“: Mit enormen Fördermitteln des Landes und der Deutsche Bahn AG und städtischen Vorleistungen zum Nulltarif (Baugrund – Planung – Erschließung – Steuer- und Abgabebefreiung) wird ein „global player“ als Investor geködert, um mit einer gigantischen kommerziellen Hauptbahnhofsüberbauung angeblich neue Kaufkraft auch für den City-Handel nach Dortmund zu locken – doch allen in solchen Spekulationen global erfahrenen Entwicklern ist das Monstrum zu gigantisch, die Spekulation zu heiß, und als endlich doch einer anbeißt, köchelt er das Projekt Schritt für Schritt auf Dimensionen herunter, in denen er, bei voller Abwälzung der Risiken auf Steuerzahler und die Konkurrenz in der City, die weltmarktübliche Rendite schon realisiert haben wird, wenn nach ein paar Jahren die zusätzliche Kaufkraft ausbleibt und das Ding leerzustehen beginnt.

Für die Theorie das „Dortmund-Projekt“: Frei nach dem beliebten Schlagwort „Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen“ sollen auch hier mit extrem günstigen Gründungskosten „Gründer“ angelockt werden, die „übermorgen“, nach zehn Jahren Laufzeit, das Arbeitsplatzangebot in Dortmund um ein Viertel erweitert und die Wertschöpfung der Dortmunder Wirtschaft – Masseneinkommen! Kaufkraft! städtische Einnahmen! (alles Schwindel!) – sogar knapp verdoppelt haben sollen. Abgesehen davon, daß die Erfolgsbilanz des Projekts auch im fünften Jahr noch nahe Null liegt (eine detaillierte Kritik lieferten wir in einem Offenen Brief an den OB im April 2003, siehe Anhang), daß der im Jahr 2000 bereits absehbar nachlassende Boom der IT-Technologien bedenkenlos auf die nächsten 10 Jahre hochgerechnet und konjunkturelle Einbrüche großzügig übersehen wurden... abgesehen also von solch haarsträubenden handwerklichen Fehlern ist die dem Projekt zugrundeliegende Theorie zu kritisieren. Sie unterstellt eine mittel- bis

langfristige geradlinige Kausalkette zwischen Investitionen, Gewinnen und Arbeitsplätzen, die so in der Wirtschaft zwar theoretisch nicht ganz ausgeschlossen ist, deren Wahrscheinlichkeit jedoch sehr nahe bei Null liegt, deren Funktionieren höchst unwahrscheinlich ist. Bei genauerem Hinsehen setzt sich die behauptete Kausalkette aus einer ganzen Reihe schwankender Wechselwirkungen zusammen, die noch dazu von Unternehmen zu Unternehmen, von Branche zu Branche, je nach Konjunktur-„Stimmung“ usw. wechseln. Ich greife nur drei Aspekte heraus:

- (1) Wer bei gegebener Nachfrage („heute“) die Unternehmensgewinne erhöhen will, muß die Kosten senken. Tatsächlich zielt die Parole „Gewinne-Investitionen-Arbeitsplätze“ regelmäßig auf eine intensivere Ausbeutung oder/und Entwertung der Arbeitskraft (durch Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich, Senkung der Löhne und „Lohnnebenkosten“ usw.) Damit sinkt automatisch aber auch die kaufkräftige Nachfrage, und die erwartete Gewinnsteigerung ist am Markt nicht mehr realisierbar.
- (2) Ein großer und seit Jahrzehnten wachsender Teil der reinvestierten Gewinne wird, von der Theorie glatt unterschlagen, nicht produktiv sondern in den Aufkauf bestehender Unternehmen, Ausschaltung von Konkurrenten, Fusionen, Kapitalexpert und Finanzspekulationen angelegt. Daraus entstehen mitnichten neue Arbeitsplätze.
- (3) Einen ebenfalls seit Jahrzehnten wachsenden Teil der produktiven Investitionen bilden Rationalisierungsinvestitionen mit dem Ziel, lebendige Arbeit durch Maschinen zu ersetzen, produktiver zu machen usw. – mit anderen Worten: Investitionen nicht in die Schaffung, sondern in die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Und gerade IT-Technik, für OB Langemeyers „neues Dortmund“ als Investitionsschwerpunkt vorgesehen, ist in besonders hohem Maß Rationalisierungstechnik, Mittel zum erklärten Zweck der Arbeitsplatzvernichtung.

So unhaltbar und eigentlich leicht widerlegbar die behauptete Kausalkette „G-I-A“ also ist, hat sie doch die ökonomische Wirklichkeit hierzulande nachhaltig beeinflusst. Als sozialdemokratische Allzweckwaffe entwickelt sie seit Altkanzler Schmidt's aktiver Zeit eine so verheerende demagogische Durchschlagskraft, daß ihr Erfinder zu Recht mit der lebenslänglichen Herausgabe einer führenden großbürgerlichen Wochenzeitung belohnt wurde. Diese zwei Beispiele mögen als Beleg genügen, daß von der neoliberal dominierten Politik keine vernünftige Stadtentwicklung zu erwarten war, sondern genau der Bankrott, vor dem auch die Stadt Dortmund mittlerweile steht. Wenngleich wir diesen Ausgang seit Jahren vorhergesehen und –gesagt haben, fragt man uns heute zu Recht: Und wie soll stattdessen euer Solidarisches Dortmund wirtschaftlich auf die Beine kommen? Ist nicht bei all ihrer Menschenverachtung die Profitwirtschaft der Solidarität überlegen? In der Tat wird unser Gegenkonzept trotz der weltweiten Blamage des Neoliberalismus nur eine Chance bekommen, wenn wir diese Fragen stichhaltig und nachprüfbar beantworten können.

Wirtschaft und Solidarität

Die Volkswirtschaftslehre wie auch die Betriebswirtschaftslehre gilt gemeinhin als exakte Wissenschaft, weil sie mit Zahlen rechnet, ursprünglich unmeßbare Bedürfnisse und Gebrauchswerte in Zeit und Geld meßbar macht. Als „Haushaltslehre“ (Oiko-nomia) lehrt sie, mit möglichst geringem Mitteleinsatz möglichst hohe Zuwächse an Wohlstand zu erzielen; über den engen Wortsinn hinaus ist ihr Gegenstand die Produktion und Verteilung der materiellen Mittel zur Befriedigung von Bedürfnissen. So oder ähnlich nachzulesen in jedem volkswirtschaftlichen Handbuch, und schon diese Charakterisierung müßte eigentlich vor einseitigen, von Teilinteressen bestimmten Sichtweisen warnen, wie sie heute die wirtschaftspolitische Debatte beherrschen: Das höchste Ziel der Ökonomie ist **nicht** Sparsamkeit (oder gar „Geiz“). Ihr Ausgangs- und Endpunkt ist **nicht** die private Verfügung über Produktionsmittel. Ihr höchster Wert ist **nicht** die Maximierung von Kapitalgewinnen privater Investoren. Ihre allgemein gewollte Wirkung ist **nicht** die Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer, Ausbeuter und Ausbeutete usw.

Dennoch erweist sich gerade das Wirtschaftssystem, das am radikalsten von diesen Teilinteressen beherrscht wird, als das effektivste, das die Menschheit bis heute hervorbrachte, und die meisten Zeitgenossen sind daran gewöhnt, das eine für die Ursache des anderen zu halten: Der Kapitalismus sei so effektiv, weil er so radikal von den Teilinteressen der „Investoren“ beherrscht wird. Allerdings stößt dies System zusehends an Grenzen, die seine Effektivität neu in Frage stellen:

- Grenzen der Massenversorgung – Hunger und Verelendung greifen nicht nur weltweit, sondern in den ältesten und reichsten kapitalistischen Ländern um sich. Die „öffentliche Armut“ schränkt die Grundversorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern mehr und mehr ein.
- Grenzen der Gerechtigkeit – der Widerspruch zwischen dem in der Menschheitsgeschichte noch nie dagewesenen Reichtum einer Minderheit und der Massenarmut wächst ins Unvorstellbare.

- Grenzen der Ressourcen- und Umweltbewahrung.
- Grenzen der Daseinsvorsorge und –sicherung angesichts bedrohlich wachsender Risiken und Existenzkrisen des Biotops Erde.
- Grenzen der Kapitalverwertung selbst – das Gesetz des Maximalprofits ergreift Besitz vom ganzen Globus und verliert gleichzeitig immer mehr Menschen und ganze Weltteile aus seinem Verwertungszusammenhang, kann mit ihnen nichts mehr anfangen, überläßt sie „sich selbst“, nicht ohne vorher ihre Lebensgrundlagen zerstört zu haben.

Als Gegenpol der Wirtschaft gilt gemeinhin die Moral, der gesellschaftliche Konsens über Regeln des guten Zusammenlebens. Weil nicht meßbar, hält man sie leicht in der Wirtschaft für schlechthin fehl am Platz. Wenn die am Kapitalgewinn ausgerichtete Wirtschaft tatsächlich moralische Wertmaßstäbe wie Solidarität weitgehend ausblendet, wäre zu prüfen, ob das auf alle Wirtschaftstätigkeit verallgemeinert werden muß. Anders gefragt: Ist eine „solidarische Wirtschaft“ nicht ein Widerspruch in sich? Und wenn überhaupt möglich, wäre sie auch zweckmäßig?

Zunächst kommt ein solidarisches Zusammenleben ohne Erzeugung und Verteilung materieller Lebensmittel nicht aus, muß also auch nach bestimmten ökonomischen Grundsätzen organisiert sein. Dazu gehören sicherlich wie im Kapitalismus:

- Befriedigung aller vorhandenen und neu entstehenden Bedürfnisse der Individuen und der Gemeinschaft,
- sparsamer, möglichst effektiver Ressourceneinsatz,
- Erwirtschaftung von Überschüssen über den laufenden Verbrauch (Mehrprodukt) zur allmählichen, aber zielstrebigem Verbesserung des Lebens.

Andererseits sind es die oben genannten Grenzen der kapitalistischen Wirtschaft, welche bei Menschen, die nicht selbst unbeschwert von Kapitalgewinnen leben können, Zweifel an der Effektivität dieser Wirtschaftsweise wecken. Müßte nicht eine Wirtschaft, die die oben genannten Grenzen überwindet, auch solche Grundsätze befolgen:

- Demokratische Entscheidung über das Verhältnis zwischen individuellen Bedürfnissen und gemeinsamer Daseinsvorsorge,
- Private Aneignung der Arbeitsprodukte nur nach der eigenen Arbeitsleistung, nicht durch Ausbeutung fremder Arbeitskraft,
- Versorgung und Beteiligung arbeitsunfähiger Mitglieder der Gemeinschaft mit einem menschenwürdigen Existenzminimum,
- Nachhaltigkeit im Umgang mit den Ressourcen.

Dies sind Werte, die die Gewinnmaximierung privater Kapitalanleger einschränken, und die folglich eine Wirtschaft, deren höchstes Effizienzkriterium eben diese Gewinnmaximierung ist, prinzipiell gering schätzen muß. Das bedeutet umgekehrt: Der Kapitalismus ist auch nur solange anderen Wirtschaftssystemen überlegen, wie man deren Effizienz nach der Elle privater Kapitalanleger mißt und ihre eigentlichen Leistungen ausblendet.

Auch empirisch ist bereits erwiesen, daß Ökonomie und Moral nicht in unauflösbarem Widerspruch zueinander stehen müssen. Die Gemeinwirtschaft, hervorgegangen aus dem strategischen Bündnis der Genossenschaftsbewegung mit den Gewerkschaften zu Beginn des 20. Jahrhunderts, erhob noch im Jahr der Kohl'schen Wende den Anspruch, Moral und Ökonomie zu vereinigen. Im Jahrbuch Arbeiterbewegung 1982 wurde sie „moralische Ökonomie“ genannt – siehe Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1982/83 S. 85 ff. – Die Realität in den Gewerkschaftsunternehmen sah freilich schon lange vorher ganz anders aus – was aber zu keinem Zeitpunkt gegen das Gründungsmotiv sprach.

Die Frage, wie ein solidarisches Wirtschaften aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgehen kann, ist nach dem Scheitern der ersten historischen Welle sozialistischer Versuche wieder weitgehend offen. Die Antworten des „wissenschaftlichen Sozialismus“ marxistischer Prägung haben – bei aller theoretischer Evidenz! – ihren Praxistest noch nirgends dauerhaft bestanden; und es liegt gewiß nicht nur an der erdrückenden Übermacht der kapitalistischen Ökonomie (dort wo sie noch funktioniert), sondern vor allem an den Fehlern und ungelösten Widersprüchen in den sozialistischen Ländern selbst, daß diese ihre theoretisch erwartbare Überlegenheit an komplexer Effizienz nirgends dauerhaft entfalten konnten.

Da kann es nur gut sein, wenn überall auf der Erde Menschen, die aus der kapitalistischen Ökonomie herausgefallen sind oder sich ihr bewußt entziehen, sich zu Gemeinschaften ganz unterschiedlicher Strukturen, Verfassungen und Größen zusammenschließen, um ihre Lebensgrundlagen gemeinsam und solidarisch zu

produzieren. Ob im Urwald von Chiapas, Mexico, im Gemeinderat von Porto Alegre, Brasilien, den Kooperativen in Uttar Pradesh und Kerala, Indien, sind diese Versuche beileibe nicht alle marxistisch definiert und beileibe nicht alle aus gewaltsamen Katastrophen des Kapitalismus entsprungen, sondern so unterschiedlich wie die Konzepte und theoretischen Grundlagen sind ihre historischen Schicksale. Im Welt-Sozialforum haben sie begonnen, über alle Grenzen hinweg gemeinsam ums Überleben zu kämpfen, ihre Aktionsräume ins kapitalistische Brachland hinein zu erweitern und – vor allem – im Erfahrungsaustausch das gemeinsame Lernen als wichtigste Produktivkraft zu nutzen.

Bei uns in Deutschland stellen Suppenküchen und Kleiderbasare der Diakonie, Ver- und Entsorgungsgenossenschaften, Straßenzetungen von Erwerbs- und Wohnungslosen erst schüchterne Ansätze, aber untrüglich Vorboten dessen dar, was hier an Selbsthilfe der vom Kapitalismus Ausgeschiedenen schon möglich und nötig wäre. Denn inzwischen gibt es auch hierzulande in Hülle und Fülle gesellschaftliches Brachland zurückzuerobern. (Von kontaminierten Industriebrachen und Bergehalden abgesehen – Arbeit und menschenwürdige Existenz für Alle! lautet der Aufruf zur solidarischen Selbsthilfe.) Aber selbst die meisten aus der Marktwirtschaft Verdrängten glauben sich noch so auf Gedeih und Verderb auf die Kapitalverwertung angewiesen, daß sie kein sehnlicheres Verlangen haben, als schnellst möglich wieder in sie zurückzukehren, und bringen noch kaum das Selbstbewußtsein auf, ihre aus der Not geborenen Überlebensstrategien zur antikapitalistischen Gegenwart zu erweitern. Dabei zu helfen, ist auch hierzulande der Gründungsgedanke der Sozialforen. Da wo sie es schaffen, können sie vielleicht nicht selbst zu Keimzellen, aber doch zu Katalysatoren der „anderen“, solidarischen Welt werden.

Das Gegenkonzept kann auch nur funktionieren von den gegenwärtigen Bedingungen aus, das heißt mit den gegenwärtigen Akteuren und Machtverhältnissen – oder es bleibt auf unabsehbare Zeit ein Traum.

Welches sind heute die Akteure und Machtverhältnisse auf Ebene der Stadt?

- Auf der einen Seite ein hoch organisiertes und hoch technisiertes Privatkapital, das alle Güter und Dienstleistungen zu Waren gemacht hat, die es mit immer rationelleren Methoden produzieren und verteilen läßt... Allerdings stößt es dabei zusehends an Verwertungsgrenzen: steigender Anteil der „toten Arbeit“ (Maschinen usw.) gegenüber der lebendigen bedeutet Tendenz zu sinkenden Profitraten des Gesamtkapitals und zu stagnierenden Binnenmärkten – stagnierende Nachfrage bei weiter enormen Produktivitätsfortschritten mündet in den fehlerhaften Kreislauf aus sinkender Massenkaufkraft, relativer Überproduktion, Kapitalvernichtung, Produktionseinschränkung und weiter sinkender Nachfrage... Infolgedessen werden immer mehr Produkte und Dienstleistungen, Arbeitskräfte, damit auch Stadtteile, ja Weltteile unrentabel, fallen brach; der entsprechende Bedarf wird entweder überhaupt nicht mehr bedient oder muß sich nicht-kapitalistisch organisieren: Schattenwirtschaft, Subsistenzwirtschaft, Selbsthilfe, Ehrenamt (hier und im folgenden nicht im engen Sinn politischer Ehrenämter wie Schöffen usw. verstanden, sondern als unentgeltliche gemeinnützige Tätigkeit), Tauschbörsen usw.

Die Machtelite des großen Kapitals lenkt die Stadtentwicklung nur mehr indirekt. Vor Ort in Dortmund ist sie selbst kaum mehr präsent, sondern läßt ihre Interessen teils von beauftragten Lobbyisten in Ämtern, Räten, Kammern, Verbänden und Medien vertreten, indirekt wirkt sie aber vor allem über das Wetteifern der Lokalpolitik, „Investoren“ möglichst günstige Renditebedingungen zu bieten. Mit Abstand zuerst sind das niedrige Produktionskosten (billige aber angemessen qualifizierte Arbeitskräfte, geringe Grundstücks- und Baukosten, möglichst null Steuern und Abgaben für beste Verkehrsverbindungen und sonstige Infrastruktur. Vergleichsweise nachrangig ist heutzutage, in Zeiten der Globalisierung, der unmittelbare städtische Absatzmarkt, die Kaufkraft Dortmunds und der Region fällt eigentlich nur noch für das heimische Handwerk und den Einzelhandel ins Gewicht, für das Großkapital hat Lohndumping absoluten Vorrang, das Hauptmittel hierfür bleibt das (ohnehin weiter anwachsende) Arbeitslosenheer. Ganz unten am Ende der Standortkriterien rangieren die Dinge, die das Leben in der Stadt zwar lebenswert, aber auch teuer machen und hohe städtische Finanzmittel binden, die sonst auch der Wirtschaft zur Verfügung ständen: der ganze „soziale Schnickschnack“, auf den sich vor langer Zeit sozialdemokratische Politiker noch etwas zugute hielten...

- Unterhalb der schmalen „superreichen“ Besitz- und Machtelite unserer Gesellschaft tummelt sich die Schicht, die besonders auf kommunaler Ebene den Ton angibt: die sogenannte „mittelständische Wirtschaft“. Sie hat zum Teil gleichgerichtete Interessen wie das Großkapital an einer „investitionsfreundlichen“ Stadtpolitik: an der kommunalen Wirtschaftsförderung (um die natürlich alle auch gegeneinander konkurrieren), an der Infrastruktur usw. Daneben hat sie spezifische Interessen am lokalen und regionalen Absatzmarkt, also auch an der Kaufkraft der Bevölkerung und, soweit sie selbst am Ort lebt, an einer guten Lebensqualität – für die „oberen Zehntausend“:

gesundes, ruhiges Wohnen in den „gehobenen“ Vororten, komfortable Verkehrswege für den Individualverkehr, Cityerschließung, Flughafenusbau, Förderung der Hochkultur, „kundenfreundliche“ Ladenöffnungszeiten usw. Ihr Einfluß auf die großen Rathausparteien über Kammern, Vereine, Medien und personelle Verflechtungen ist mindestens so groß wie der des Großkapitals, vielleicht sogar größer. (Das ist der Hauptgrund, warum im Staatsaufbau der BRD die kommunale Selbstverwaltung immer ein Fremdkörper und eigentlich nur Lippenbekenntnis blieb und gerade heute, da das Großkapital im Zuge der „Globalisierung“ mächtiger denn je ist, wieder brutal ausgehebelt wird.) In dieser Schicht findet unsere Politik von Fall zu Fall Verbündete, die aber für die Hebung der Lebensbedingungen für die breite Mehrheit wenig und für „Solidarität“ noch weniger übrig haben.

- Auf der anderen Seite eine zahlenmäßig noch nie so „starke“, aber nach Produktions- und Lebensbedingungen immer mehr zersplitterte Klasse der Lohnarbeit (einschließlich Angestellte), deren Gewerkschaften entweder enge Teilinteressen vertreten, mehr aber schon zu direkten Agenturen der Kapitalverwertung auch in der Kommunalpolitik mutiert sind. Der Dortmunder DGB ist hierfür ein weithin „leuchtendes“ Beispiel. Objektiv ist dies weiterhin die einzige revolutionäre Klasse, weil die entscheidende Produktivkraft, aber subjektiv auf absehbare Zeit zu keiner bewußten gesellschaftlichen Veränderung fähig. Ruinierte Reste von Klassenorganisationen sind einflußlos, weil zerfahren, theoretisch orientierungslos und zerstritten, auch über Kommunalpolitik (siehe unsere traurigen Erfahrungen mit dem Linken Bündnis Dortmund).
- An ihren Rändern bis weit hinein zerfranst die Lohnarbeit in andere Formen der Ausbeutung: ein zunehmendes Sammelsurium von (Schein-)Selbständigen, Freelancern, Gelegenheitsjobbern, Handwerkern, „Ich-AG“-Dienstleistern – alles Einzelkämpfer, die jeder für sich (auf sehr unterschiedlichen Niveaus) hoffnungslos weil perspektivlos um's Überleben kämpfen.
- Die „Klasse“ der Deklassierten umfaßt neben dem „harten“ Lumpenproletariat immer mehr Ausrangierte (Langzeiterwerbslose, Alte, körperlich und psychisch Kranke, Aussteiger, Fundamentaloppositionelle), ihre Grenzen zur Arbeiterklasse verschwimmen mehr und mehr. Soweit sie überhaupt Ansätze organisierter Interessenvertretung besitzt, sind es Stellvertreter-Agenturen, häufig in enger Verzahnung mit Wohlfahrtsverbänden und (halb-)staatlichen Einrichtungen.

Ehe wir uns der Frage zuwenden können, wie aus solchen gesellschaftlichen Verhältnissen heraus ein kommunalpolitisches Zukunftskonzept in Gang kommen kann, müssen wir dessen Funktionsprinzipien genauer beleuchten. Das tun wir am besten im Vergleich mit denen der kapitalistischen Stadtentwicklung.

Gewinninteresse oder Gemeinwirtschaft?

Die landläufige These, das Gewinnstreben sei die entscheidende Triebfeder allen Wirtschaftens, zählt in der Ideengeschichte der Menschheit zu den mächtigsten Propagandalügen. Deswegen reicht es nicht, den Gewinn als höchste Instanz in Wirtschaft und Politik abzulehnen, wir müssen uns auch mit seiner Funktion genauer auseinandersetzen, und wir müssen erklären, welche andere Triebkraft wir sehen, die unsere „andere Welt“ möglich macht, das heißt hier: wirtschaftlich antreiben kann.

Zunächst fällt auf, daß in der politischen Propaganda der Begriff „Gewinn(e)“ meist in enger Nachbarschaft mit Zuwachs/Wirtschaftswachstum sowie mit Innovation/zivilisatorischem Fortschritt auftritt. Das ist schon ein Trick der politischen Propaganda. Gegen sie ist auf der ursprünglichen Bedeutung des Begriffs zu bestehen, die ihn als betriebswirtschaftliche Größe ausdrücklich ins Verhältnis zu einem investierten Kapital setzt, als Meßzahl für die Rentabilität einer Investition: Gewinn ist der Überschuß, den eine gegebene Kapitalsumme am Ende einer bestimmten Umschlagperiode nach Abzug der Produktions- und Zirkulationskosten einbringt. Aus dieser ursprünglichen Bedeutung erhellt bereits, daß der Gewinnbegriff nur im Zusammenhang mit einzelnen unternehmerischen Investitionsentscheidungen Sinn macht. Zum universellen Effizienzkriterium konnte er nur werden in einem Wirtschaftssystem, das wesentlich auf solchen privaten Investitionen basiert, nämlich in der genau deswegen so genannten kapitalistischen Wirtschaft.

(Daran ändert nichts, daß die ökonomische Theorie der sozialistischen Länder den Gewinnbegriff übernahm, um damit ebenfalls die Rentabilität bestimmter Investitionsentscheidungen zu messen. Die politische Zweckmäßigkeit der Übernahme kapitalistisch vorgeprägter Begriffe in den sozialistischen Sprachgebrauch erscheint mir zumindest zweifelhaft, da sie Mißverständnissen, politischen Fehldeutungen und alten Gewohnheiten Tür und Tor öffnet. Auch wenn es in der Sache um ähnliche Prozesse geht, vernebelt der Begriff gerade die wesentlichen Unterschiede zwischen kapitalistischer und sozialistischer Rationalität von Investitionen.)

Sobald der Gewinnbegriff jedoch in der politischen Debatte auftaucht, unterstellt er – absichtlich oder nicht – einen Kausalzusammenhang zwischen unternehmerischen Einzelentscheidungen und dem gesellschaftlichen Fortschritt

im großen und ganzen. Implizit oder explizit behauptet er, das betriebswirtschaftliche Interesse an möglichst hoher Kapitalrendite sei Ursache und Motor für die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsziele. Gerade in dieser Bedeutung darf er keinesfalls in ein ökonomisches Gegenkonzept zum Kapitalismus übernommen werden. Denn erstens wurde weiter oben bereits nachgewiesen, daß der behauptete Kausalzusammenhang so direkt kaum besteht; zweitens liefert gerade die aktuelle neoliberale Umverteilungspolitik täglich neue Beweise für die geradezu antagonistischen Widersprüche zwischen einzelwirtschaftlichem Gewinninteresse und übergeordneten gesellschaftlichen Zielen; und drittens versperrt der Gewinnbegriff – absichtlich oder nicht – gerade den Durchblick auf die eigentliche gesamtwirtschaftliche Triebkraft dahinter.

Der Neoliberalismus leugnet nicht, daß ein unmittelbares Eigeninteresse an hohen Kapitalrenditen nur ein relativ geringer Teil der Gesellschaft entwickelt. Soweit die neoliberale Propaganda überhaupt mit exakten, nachprüfbaren Zahlen operiert, leugnet sie kaum das Scheitern aller Strategien, die gesellschaftliche Basis des Gewinninteresses zu verbreitern. Die neueste Kampagne, die bundesrepublikanische Gesellschaft in ein „Volk von Aktionären“ zu verwandeln, haben wir gerade hinter uns. Soweit der Besitz von Wertpapieren, nicht zuletzt erzwungen mit Privatisierungsstrategien der Sozialversicherungen, tatsächlich auf breitere Mittelschichten übergriff, sahen diese sich in der nächsten Börsenbaisse schon wieder kalt enteignet. Die einzige nachhaltige Wirkung aller „Volksaktien“-Kampagnen lag regelmäßig in der Schwächung des Solidarbewußtseins und der von ihm getragenen Massenorganisationen (und das war vermutlich immer das Hauptziel solcher Kampagnen).

Wenn also immer nur eine gesellschaftliche Minderheit ein direktes eigenes Interesse an hohen Kapitalgewinnen entwickelt, fragt man sich doch: Was dann treibt die Mehrheit der Gesellschaft an jedem Werktag neu (und zunehmend sogar sonntags) in die Tretmühlen der Wirtschaft?

Zunächst ist es auch heute der elementare Zwang, daß der Mensch als Gattung seine Lebensmittel selbst produzieren muß. Seit vorgeschichtlicher Zeit bis heute ist dies die Basis, auf der in allen Weltgegenden und Kulturkreisen Menschen sich zusammentun, um gemeinsam mindestens ihr Überleben zu sichern (Subsistenzwirtschaft). Auch unsere mitteleuropäische Stadtgesellschaft kennt noch und zunehmend wieder Formen der Selbsthilfewirtschaft: Obst- und Gemüseanbau im Kleingarten, Kranken- und Altenpflege, handwerkliche und soziale Nachbarschaftshilfe, unentgeltlicher Unterricht usw. Über die Hobby-Dimension hinaus hat all das auch eine ökonomische Dimension, die gesamtwirtschaftlich in hoch entwickelten Ländern vielleicht marginal, im Einzelfall durchaus zur Überlebensfrage werden kann. (Anmerkung: Marginal ist sie nur wertmäßig, aber nicht nach der aufgewandten Zeit und Arbeitskraft. Gemessen am Arbeitsvolumen war 1985 bundesweit der Sektor der Eigen- und Familienarbeit etwa gleichgroß wie der gewerbliche Sektor. In Dortmund dürfte von 30.000 Ehrenamtlichen in Vereinen und Verbänden, 20.000 Langzeiterwerbslosen, 11.000 Kleingärtner/innen und überhaupt 160.000 Einkommensarmen ein erhebliches Maß an Arbeit in diesem Wirtschaftssektor stecken.)

Allgemein können wir alle Wirtschaftstätigkeit, an der das Kapital kein Interesse hat, weil sie nicht wenigstens den marktüblichen Durchschnittsgewinn abwirft, als Subsistenzwirtschaft bezeichnen. Sie ist teils individuell, teils in verschiedenen Formen kollektiv organisiert. Ausdrücklich eingeschlossen in die Formen der Subsistenzwirtschaft sei die Arbeit im eigenen Haushalt und Verwandtenkreis. Deren wirtschaftliche Dimension als notwendige Reproduktionskosten der Arbeitskraft erkennen auch die Unternehmer und der Staat an, da sie die Höhe der Arbeitslöhne mit bestimmt und im Sozialhilferecht, in der häuslichen Pflege und neuerdings beim ALG II berücksichtigt wird (wenngleich diese Anerkennung in Zeiten einer schwachen Arbeiterbewegung immer wieder neu verteidigt werden muß). Gerade weil heute ein Durchschnittsverdiener allein die Familie kaum ernähren kann, besonders aber auch im Emanzipations- und Gleichstellungsinteresse der Frau ist die Forderung nach Entlohnung der Hausarbeit berechtigt.

Unter günstigen natürlichen Bedingungen und mit jedem Werkzeug, das erfunden wurde, konnten die Menschen das Niveau der Subsistenzwirtschaft hinter sich lassen und mehr an Gütern produzieren, als sie jeweils verbrauchten. Dieser Überschuß über den laufenden Verbrauch, das gesellschaftliche **Mehrprodukt** ist die eigentliche Triebfeder jeden wirtschaftlichen und zivilisatorischen Fortschritts, auf welcher Entwicklungsstufe, in welchem Gesellschaftssystem auch immer. (Anmerkung: Mehrprodukt meint hier nicht nur das Mengenwachstum qualitativ gleicher Produkte oder Wirtschaftswachstum in Geldgestalt, etwa der statistischen Fiktion „BIP“, sondern die allgemeine Mehrung des Reichtums an Lebensqualität einer Gesellschaft.)

Um die Aneignung des gesellschaftlichen Mehrprodukts dreht sich die ganze Menschheitsgeschichte, Aufkommen und Untergang von Produktionsweisen und der aus ihnen hervorgegangenen Gesellschaftsklassen. Und nur die enge Betrachtungsweise unserer Gegenwart setzt das gesellschaftliche Mehrprodukt gleich mit der Summe der

Gewinne auf Kapital. (Tatsächlich ist im Kapitalismus das Mehrprodukt nichts weiter als Mehrwert in Warenform vor seiner Realisierung als Gewinn – der Gewinn also nichts weiter als das von den Kapitalanlegern angeeignete gesamtgesellschaftliche Mehrprodukt.) Wollen wir diese enge Betrachtungsweise wenigstens schon gedanklich überwinden, ist es nützlich, zwischen Gewinn und Mehrprodukt zu unterscheiden. In den Unterschieden scheinen die gegensätzlichen Interessen von Kapital und Arbeit durch:

- Während das Gewinninteresse zwei abstrakte Wertmengen (das eingesetzte Kapital und seinen Zuwachs) als Geldmengen ins Verhältnis setzt, lenkt der Begriff „Mehrprodukt“ das Interesse auf die Gebrauchswertseite, die Bedürfnisse der Konsumenten.
- Während das Gewinndenken soweit von der Produktion abstrahiert, daß es den Gewinn zur Frucht eines mysteriösen, quasi-natürlichen Zeugungsakts zwischen „Faktoren“ verklärt, behält der Begriff „Mehrprodukt“ den Produktionsprozeß als den eigentlichen Wertschöpfungsakt im Auge.
- Während die Gewinnmaximierung auch die menschliche Arbeit nur als Kostenpunkt unter das Kapital subsumiert, kann das Mehrprodukt das Selbstbewußtsein der Arbeitskraft als eigentlicher Produktivkraft und Motor des Fortschritts stärken.
- Während folglich die Gewinne auch auf stagnierenden Märkten und sogar bei schrumpfender Massenkauftkraft steigen können (mittels Ersatz lebendiger Arbeit durch tote Maschinen, intensiverer Ausbeutung, Verdrängung von Konkurrenten, Monopolpreisen usw.), bleibt der Begriff „Mehrprodukt“ mit der Steigerung des allgemeinen Lebensstandards verbunden.

Diese Unterschiede liefern ebensoviele Argumente dafür, daß ein solidarischer, auf das Gemeinwohl gerichtetes, im weitesten Sinn „Gemeinwesen“ zu nennendes Wirtschaften das Gewinninteresse zurückdrängen und überwinden muß. An die Stelle des Gewinns als Maßstab der Wirtschaftlichkeit muß und kann das Kostendeckungsprinzip bzw. der Überschuß über den laufenden Verbrauch treten. Gemeinwirtschaftliche Unternehmen und Organisationen – die im übrigen seit Jahrzehnten dem neoliberalen Trend, der am liebsten sogar alle soziale Arbeit über die Klinge des Gewinns springen lassen würde, hinhaltenden Widerstand leisten – könnten sofort und ganz selbstbewußt der Gewinn-Ideologie entgegentreten, wenn sie nachweisen, daß sie zwar keinen Gewinn abwerfen, aber wohl zur Verbesserung der Lebensqualität der Stadtbewohner beitragen.

Wenn umgekehrt die Stadt Dortmund aktuell viel Fleiß darauf verschwendet, nach den Eigenbetrieben sogar ihre ganze Verwaltung als quasi-gewinnorientierten Konzern zu führen („Neues Kommunales Finanzmanagement“), mutet das angesichts der weltweiten Blamage des Neoliberalismus bald schon wie eine groteske Torheit an. Der Kampf gegen diese von übermächtigen Kapitalinteressen diktierte Ideologie wird zweifellos noch lang und verwickelt, aber das rechtfertigt natürlich keinerlei Zugeständnisse an sie. (Dies ausdrücklich auch meinen Genoss/innen ins Stammbuch, die gerade solche Zugeständnisse ins PDS-Programm aufnehmen.)

Die Quelle der Innovation

Daß regierende Sozialdemokraten in dem Augenblick, da sie an ihrer neoliberalen Wirtschaftsförderungspolitik scheitern, eine Kampagne zur Förderung der Innovation inszenieren wie derzeit Kanzler Schröder und seine Gefolgschaft, aber auch der Dortmunder OB und die seine, ist mehr als der bekannte Griff des Ertrinkenden nach dem Strohalm. Es ist die eigene Erinnerung daran, worauf es letztlich auch im Kapitalismus ankommt. Der Zwang zur ständigen Umwälzung ist so eng mit dem Kapitalismus verbunden, daß selbst die Autoren des neuen PDS-Programms sich Innovation nicht anders vorstellen können als das Ergebnis „unternehmerischen Handelns“. Doch nichts könnte bornierter sein als diese Vorstellung. Wenn die Neuerer-Bewegung der untergegangenen DDR nicht mehr bewiesen hat, und zwar in breitem Maßstab und unwiderleglich, dann dies: Der arbeitende Mensch hat ein eigenes elementares Interesse, sich die Arbeit zu erleichtern, seine Arbeitsmethoden und Werkzeuge effektiver zu entwickeln und seine Arbeitsprodukte zu vervollkommen und ist sowohl fähig als auch willens, sich das erforderliche Wissen anzueignen.

Diese ursprüngliche Schöpferkraft ist es, die jede wissenschaftlich-technische Entwicklung vorantreibt. Jede: Der mittelalterliche Gelehrte war zuerst und vor allem Handwerker. Die berühmten Bauherren der Antike rekrutierten ihre genialen Baumeister aus dem namenlosen Sklavenheer. Der Unternehmungsgeist der modernen Herrscher über Hochtechnologie-Imperien versteht selten etwas von der Sache und beschränkt sich darauf zu finanzieren, was seine angestellten Fachleute erfinden. Und alle Herrenklassen waren gezwungen, diese umwälzende Schöpferkraft des arbeitenden Menschen wenn nicht in göttlichen Ordnungen zu ersticken, so doch in Zunftordnungen zu fesseln und in die kleinkarierte Rentabilität ihres „betrieblichen Vorschlagswesens“ zu kanalisieren, damit diese umwälzende Schöpferkraft ihnen nicht über den Kopf wächst. Denn Wissen ist Macht. (Und angesichts der

Unterdrückung von Innovationen, wenn sie keinen überdurchschnittlichen Gewinn versprechen, ist nichts so albern wie die Bewunderung von Sozialisten für „unternehmerisches Handeln“.)

Auch wenn die Regierung die Innovation fördert und der Dortmunder OB Langemeyer ein „Dortmund-Projekt“ inszeniert, dann meinen sie nicht gerade das, womit sich die Schöpferkraft der arbeitenden / arbeitsfähigen Menschen für eine solidarische Wirtschaft von unten entfesseln ließe. Unter der geistigen Vorherrschaft von Vertretern des Großkapitals haben wir uns angewöhnt, Innovation mit gigantischen Bauwerken und milliardenschwerer Hochtechnologie gleichzusetzen. Das verstellt uns den Blick auf alles, was 40.000 Arbeitsuchende und noch einmal so viele ausrangierte ältere Fachleute in Dortmund sofort und mit relativ bescheidenen Mitteln „aus dem Boden stampfen“ könnten. Die eigentliche, heute nötige und sofort mögliche Innovation besteht folglich darin, daß die Politik diesen Menschen die Bedingungen schafft und die Mittel in die Hand gibt, die ihrer Schöpferkraft zur Entfaltung fehlen. Gemessen daran bleibt Langemeyers Dortmund-Projekt ein erzkonservatives und in all seinem Größenwahn kleinkariertes Unternehmen, weil im Hitech-Denken gefangen. – Ich werde mich nie generell gegen Hitech aussprechen, aber soweit die oben angesprochenen Fehlspekulationen des Projekts überhaupt aufgehen, können auch dann zwei drei hochspezialisierte, hochproduktive und gerade deswegen beschäftigungsarme Hitech-„Cluster“ zur Lösung der Strukturprobleme unserer Region nur wenig beitragen. (Einen quantitativ nennenswerten Beitrag dazu leistet allenfalls die Lowtech-Branche Logistik.)

Allerdings integriert Langemeyers Dortmund-Projekt mit der Rekrutierung von „Existenzgründern“ an den Hochschulen auch eine Methode ähnlich der Idee des Konzernmanagers Hartz, Arbeitslose in „Ich-AG's“ zu drängen. Doch auch diese Idee muß scheitern. Von der absurd geringen Finanzausstattung der Ich-AG's abgesehen, bleiben Hartz und Dortmund-Projekt in der kapitalistischen Ideologie „unternehmerischen Handelns“ gefangen, d.h. sie denken vom Markt her in „Geschäftsideen“ und nicht aus der Arbeit heraus in Innovationen. Vom Markt her glauben sie, man müßte die Leute nur als selbständige Unternehmer gegeneinander hetzen, schon würden sie auf gute Ideen kommen. Aus der Arbeit heraus stellte man fest: Nicht das destruktive Prinzip der Konkurrenz, sondern das konstruktive des Miteinander-Lernens und der Arbeitsteilung in solidarischer Kooperation schaffen die günstigsten Bedingungen für gute Ideen. An dieser Erkenntnis ändert der Untergang der ersten sozialistischen Staaten so wenig wie an den elementaren Bedürfnissen und Erfahrungen der arbeitenden Menschen überall auf der Erde.

Der Staat, einschließlich Kommunen, steht somit keineswegs von Haus aus der Technikentwicklung ferner als kapitalistische Unternehmer. Wenn sich der Staat heute kaum noch selbst wirtschaftlich betätigt, sondern mehr und mehr auf die Wirtschaftsförderung beschränkt, amputiert er sich und seinen Beschäftigten den technischen Sachverstand. Die Kehrseite dessen ist, daß zu jedem technischen Problem Sachverstand von außen eingekauft werden muß, was die Stadtkasse allemal teurer kommt als die Gehälter nach BAT (siehe Gersters 170 Gutachten zum Umbau einer Bundesanstalt zum „Konzern“).

Solidarität und Wettbewerb

In der öffentlichen Wahrnehmung wie auch in der öffentlichen Selbstdarstellung unserer Kommunalpolitiker werden ihre Amtshandlungen weitgehend von Konkurrenzverhalten bestimmt: Standortkonkurrenz gegen andere „Investitionsstandorte“, Konkurrenz der Kommunen um staatliche Zuwendungen und neuerdings mehr und mehr Konkurrenz öffentlicher Einrichtungen mit privaten Dienstleistern. Darin wird durchaus ein Fortschritt gesehen gegenüber Zeiten, die die Methoden der „freien Wildbahn“ wie gegenseitiges Übervorteilen, Vom-Markt-Drängen, Vernichten oder Feindlich-Übernehmen für prinzipiell unvereinbar hielten mit Gemeinwirtschaft („kommunaler“ Wirtschaft im damals noch bewußten Wortsinn). Auch wenn so weit heute (noch?) kein Kommunalpolitiker gehen würde – die Zwänge, denen sie sich nun ausgeliefert sehen und ja selbst ausgeliefert haben, treten sie nach unten durch als Tarifdumping im Öffentlichen Dienst, meistbietendes Verschern von Gemeineigentum und Einschränkung öffentlicher Dienste für die Bürger zugunsten konkurrierender Dienstleister. Diese Folgen des kommunalen Wettbewerbs gutheißen kann man eigentlich nur, wenn man den Amtseid von Politikern auf einen Auftrag reduziert hat, der die Werteskala der „kommunalen“ Wirtschaft auf den Kopf stellt: das Kostensenken als höchster moralischer Imperativ der Politik.

Auf dem Kopf steht dies Politikkonzept insofern, als es die Kosten-Nutzen-Relation zerreißt und die Kosten selbst zum höchsten Nutzen umdefiniert (siehe oben im Abschnitt über Wirtschaft und Solidarität). Dennoch zwingt uns die herrschende Ideologie, uns ernsthaft mit der Frage auseinanderzusetzen, ob eine Kommunalwirtschaft heute, ohne sich im Inneren und nach außen auf Konkurrenz einzulassen, überhaupt wirtschaftlich funktionieren, nämlich ihre Kosten in den Griff kriegen kann, oder ob ihr darin die Privatwirtschaft so haushoch überlegen ist, wie die Privatisierungsfanatiker behaupten. Wobei ich hier ausnahmsweise die Kosten isoliert von allen Nutzenkriterien behandle, um die neoliberalen Ideologen auch auf ihrem eigenen Gelände zu schlagen.

Zunächst sind kapitalistische und gemeinwirtschaftliche Preiskalkulationen überhaupt nur miteinander vergleichbar, wenn beide gleichermaßen die Kapitalkosten enthalten. Für die Kommunalwirtschaft besteht die Schwierigkeit darin, die „kalkulatorischen Kosten“ des fixen Kapitals zu bewerten und für einzelne kommunale Dienstleistungen voneinander abzugrenzen. Seit Jahren müht sich z.B. die Stadt Dortmund um eine realistische Bewertung ihres Sachanlagevermögens, und sobald sie sich dabei auf aktuelle Marktpreise stützt, wird die Rechnung schon von spekulativen Interessen verfälscht, in deren Nebel sich Kostenvorteile der Privatwirtschaft ebenso leicht beweisen lassen wie das Gegenteil. Dies vorweg.

Von dieser Schwierigkeit abgesehen, besteht aber ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Wirtschaftsformen. Im kapitalistischen Marktpreis erscheint der Kapitalgewinn als Aufschlag auf die Produktionskosten und bildet so einen selbstverständlichen Bestandteil des Warenwerts. Für die Kapitalanleger ist dieser Aufschlag der eigentliche Zweck ihres ganzen Wirtschaftens und der eigentliche Anreiz zur Kostensenkung (je niedriger bei gegebenem Marktpreis die Produktionskosten, umso höher der Gewinn); hingegen eine nicht-gewinnorientierte Wirtschaft kann auf ihn verzichten. Die öffentliche Hand muß keine Gewinne machen, sie darf es aber auch nur in sehr beschränktem Maße (z.B. bei gemeinnützigen Unternehmen ist die Gewinnausschüttung gesetzlich beschränkt; bei gebührenfinanzierten Leistungen sind Gewinne zulasten der Gebührenzahler prinzipiell ausgeschlossen usw.) Daraus folgt, soweit privatkapitalistische und gemeinwirtschaftliche Unternehmen am Markt miteinander konkurrieren, können letztere sich höhere Produktionskosten „leisten“ z.B. in Form größeren Personalaufwands, humanerer Arbeitsbedingungen usw. Und sie werden sie sich regelmäßig leisten, wollen sie nicht die privaten Konkurrenten mit Dumpingpreisen unterbieten, woran beide kein Interesse haben. Was so **erscheint**, als ob gemeinwirtschaftliche Unternehmen von Haus aus unwirtschaftlicher arbeiten als die private Konkurrenz, ist also in Wirklichkeit eine Frage politischer Zielvorgaben.

Genau an dieser Stelle setzt die Begehrlichkeit sowohl privater Anleger als auch neoliberaler Politiker an der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen an. Auf der einen Seite sehen sie das tatsächliche und in Zeiten einer schwachen Arbeiterbewegung auch durchsetzbare „Verschlankungspotential“ des Öffentlichen Dienstes. Auf der anderen Seite sind die möglichen Kostensenkungen ebenso wie die Gewinnerzielung öffentlicher Einrichtungen durch politische Vorgaben beschränkt. Als der konsequenteste Ausweg aus dem Dilemma erscheint ihnen die vollständige Privatisierung. Solange sie politisch noch nicht durchsetzbar ist und um sie politisch vorzubereiten, wird vorher eine Situation der Konkurrenz zwischen öffentlichen und privaten Dienstleistungen hergestellt, welche die Kostensenkung als Sachzwang erscheinen läßt.

Daran aber haben weder die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes noch ihre „Kunden“, die Bürger und Bürgerinnen ein Interesse. Die ersten müssen massive Nachteile erleiden (und verschärfen damit für alle Arbeitnehmer die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt!). Wir alle aber müssen dann statt höherer Produktionskosten den Gewinnaufschlag mitbezahlen – wenn wir die Privatisierung nicht sogar mit empfindlichen Qualitätseinbußen der öffentlichen Dienstleistungen bezahlen müssen (siehe Bahn und Post). Hinzu kommt, daß Private im Einzelfall höher besteuert werden können (was praktisch aber kaum noch vorkommt).

Tatsächlich gibt es Alternativen zur Privatisierung. Zum einen können gemeinwirtschaftliche Unternehmen bewußt höhere Kosten in Kauf nehmen, um eine Vorreiterrolle bei der Einkommenshöhe, der Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, humanerer Gestaltung von Arbeitsbedingungen usw. zu übernehmen, also politisch gewollt gegen den Markt, gegen die Gewinnmaximierung der Privaten zu agieren. Zum anderen können erwirtschaftete Gewinne zur Quersubventionierung defizitärer Einrichtungen sogar unverzichtbar sein. (In Dortmund geht die Sage, die DEW und die Stadtwerke seien allein aus diesem Grund noch nicht verkauft worden...) Öffentliche Unternehmen könnten Gewinne aber auch dazu verwenden, z.B. durch Preissubventionen für einkommensarme Schichten gezielt den Markt, die Konkurrenz, das Produzieren von Gewinnern und Verlierern außer Kraft zu setzen. Schließlich hätten sie es auch in der Hand, ihre Überschüsse vollständig zu re-investieren, um zu expandieren, neue Arbeitsplätze zu schaffen, einen 2. Arbeitsmarkt aufzubauen usw. Das alles sind Nutzeffekte im Sinne des Gemeinwohls, die mit der Privatisierung sofort unmöglich werden.

Womit zweierlei bewiesen ist:

- Gemeinwirtschaftliche Betriebe müssen nicht von Haus aus kostenintensiver arbeiten als private; ob sie es tun oder nicht, hängt allein von den politischen Zielkoordinaten ab; wer sie deswegen kritisiert, plappert entweder einfach nur dummes Zeug oder will in Wahrheit die politischen Zielkoordinaten abschaffen.
- Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen bringt der breiten Mehrheit der Bürger keinerlei Vorteile, sondern nur Nachteile.

Also Gründe genug, die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen sofort zu stoppen und dauerhaft zu verhindern.

Erste Schritte einer solidarischen Wirtschaft...

Wie kann unter den oben skizzierten gesellschaftlichen Verhältnissen eine „andere“ Stadtpolitik in Gang kommen? Für mich liegt klar auf der Hand, daß in unserer (nicht-revolutionären) Situation und bei derart schwachem Organisationsgrad der Kräfte, die Veränderung wollen, die nicht-kapitalistische Stadtentwicklung ausgehen muß von den Sphären, die aus der kapitalistischen Warenwelt bereits ausgeschieden sind. In Dortmund:

- 30.000 Ehrenamtlich-Tätige
- 80.000 in den „Ruhestand“ Gegangene oder Gedrängte (ab dem 60. Lebensjahr), von denen sich viele noch sozial oder kulturell engagieren (würden, wenn...)
- 40.000 offiziell registrierte Arbeitslose (ein Siebtel der erwerbsfähigen Bevölkerung der Stadt)
- 160.000 Einkommensarme (27% der Einwohnerschaft), die auf Selbsthilfe- oder Subsistenzwirtschaft angewiesen sind

Das sind unter'm Strich mindestens 100.000 Menschen (ein Fünftel der erwachsenen Bevölkerung), die gut und gerne etwas leisten könnten, wenn sie entsprechende Mittel und politische Rahmenbedingungen vorfänden. Arbeitsgebiete, die tendenziell aus dem Markt herausfallen und heute schon ansatzweise nicht-kapitalistisch organisiert werden:

- Soziale Dienste
- Kranken-, Alten- und Kinderbetreuung
- Gebrauchtwarentauschbörsen,
- Nicht-professionelle Nachbarschaftshilfe, Arbeitstauschringe
- Instandhaltung und Reparatur langlebiger Gebrauchsgüter (Wohnungen, Hausrat, Fahrzeuge u.ä.)
- Gartenarbeit
- Wohnumfeldverbesserung
- Dezentrale ökologische Energieversorgung und Abfallentsorgung
- Wertstoff-Recycling
- Energieeinsparung
- Umweltschutz
- Rekultivierung von Industriebrachen (für Rechnung der Verursacher!), Sanierung und Umnutzung leerstehender Bauten
- Katastrophenschutz
- Erwachsenenbildung, Forschung
- Kulturelle Tätigkeit (Geschichte, Kunst, Musik, Sport u.a.)

Jede/r Ehrenamtlich-Tätige hat zumindest eine Ahnung von den Werten, die er/sie schafft, vom Gebrauchswert der eigenen Tätigkeit ebenso wie von den Kosten, die sie ihren Auftraggebern erspart, und daß sie diesen vielleicht sogar am Markt etwas einbringt. Es wäre also nur recht und billig, gesellschaftlich notwendige Arbeit angemessen, das heißt leistungsgerecht zu vergüten. Selbst dann würde sie in aller Regel bei professioneller Arbeitsorganisation mehr Wert schaffen als sie kostet.

Das bringt uns auf die Frage, welche Finanzquellen unter gegenwärtigen Bedingungen, da die Kommunen bis zum Ruin ausgeplündert werden, so ein Gegenmodell für sich erschließen kann.

Grundsätzlich kann Gemeinwirtschaft nur als Bedarfswirtschaft funktionieren: Im grundlegenden Unterschied zur Marktwirtschaft produziert sie nicht ins Blaue einer unbekanntenen Nachfrage hinein (mit den bekannten Mängeln: Überproduktionskrisen und künstlicher Nachfragestimulation), sondern arbeitet zur Deckung eines festgestellten Bedarfs. Aus diesem Grund nimmt die Gemeinwirtschaft ihren Ausgang als Selbsthilfe Bedürftiger grundsätzlich – und historisch an ihrer Entstehungsgeschichte nachweisbar – bei der Versorgung mit lebenswichtigen Gütern (Konsum- und Einkaufsgenossenschaften, Wohnungsgenossenschaften, Tauschbörsen, Kleider- und Möbelbasare usw.) Im zweiten Schritt folgen speziell der Bedarfsdeckung dienende Produktionsbetriebe (historisch: Baugenossenschaften, Textilbetriebe, Bäckereien, landwirtschaftliche Erzeuger, heute auch Dritte-Welt-Kooperativen, Windradbetriebsgenossenschaften usw.) Das heißt, der zu deckende Bedarf ist im wesentlichen Eigenbedarf der gemeinwirtschaftlich zusammen arbeitenden Menschen. Das eingesetzte Kapital ist im wesentlichen ihre Arbeitskraft und Zeit. Damit reduziert sich das marktübliche Geschäftsrisiko von vorn herein auf

ein Minimum. Was sie daneben für's erste an Startkapital brauchen, müssen der Staat, öffentlich-rechtliche Kreditanstalten, Stiftungen und private Spender vorschießen. Für Investoren in solchen Unternehmen bedeutet das ein hohes Maß an Investitionssicherheit.

- Grundvoraussetzung ist ein eigenes, vor obrigkeitlicher Einmischung geschütztes Budgetrecht gemeinwirtschaftlicher Unternehmen (bei lückenloser und wirksamer demokratischer Kontrolle!)
- Das schließt die volle Steuer- und Abgabefreiheit solcher Unternehmen ein.
- Zu fordern ist die Einbeziehung nicht-kommerzieller Unternehmensgründungen in alle staatlichen Förderprogramme (Existenzgründerförderung, Lohnkostenzuschüsse usw.)
- Zu fordern ist der Verzicht des Staates und der Sozialversicherungen auf Rückerstattung von Transfereinkommen der Ehrenamtlich-Tätigen (ALG, Renten usw.) aus den Erträgen gemeinwirtschaftlicher Unternehmen. (Damit würde sofort ein großer Teil der heutigen „Schattenwirtschaft“ in gemeinnützige Bahnen umgelenkt und legalisiert!)
- Die Stadt kann die Kreditpolitik der Stadtparkasse und anderer Finanzinstitute dahin beeinflussen, daß „alternative“ Betriebe und Einrichtungen Kapital zu günstigeren Konditionen bekommen. Darüber hinaus kann die Stadt bei der Gründung genossenschaftlicher Kreditringe, Stiftungen zur Förderung der Gemeinwirtschaft usw. helfen.
- Dazu gehört der politische Einsatz für eine Reform des Stiftungs- und Genossenschaftsrechts, das gemeinwirtschaftliches Engagement, auch finanziell, erleichtert und absichert.

Über 100 Jahre lang entwickelte die Genossenschaftsbewegung gerade aufgrund ihres geringen Kapitalbedarfs bei hohem sozialen Nutzen eine geradezu sogartige Anziehungskraft, die es in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg auf über 4,4 Millionen Mitglieder brachte, bis ihr das Wirtschaftswunder und sozialpartnerschaftliche Gewerkschaftsführer systematisch den Garaus machten. Gebrauchtwarenbasare, Dritte-Welt-Läden, Siedlungs- und Energieversorgungskooperativen belegen heute, wie mit der fortschreitenden Oligarchisierung der Wirtschaft und damit einhergehender Verarmung breiterer Bevölkerungsschichten das Bedürfnis nach kooperativer Selbsthilfe wächst. Sie könnten Vorboten einer neuen gemeinwirtschaftlichen Bewegung von unten sein. Es wäre an uns Sozialisten, sie früher zu erkennen und zu fördern als unsere Vorläufer im 19. Jahrhundert.

Zu klären bleibt das Verhältnis der neuen Solidarwirtschaft zum Öffentlichen Dienst. Wir sind entschieden für die Erhaltung und den Ausbau des Öffentlichen Dienstes – **und** für die selbstorganisierte, staatlich geförderte Bürgerinitiativarbeit. Diese sollte überall da Vorrang haben, wo bürgerschaftliches Engagement bessere Ergebnisse erzielt als große Verwaltungsapparate. Umgekehrt wären viele öffentliche Einrichtungen durch Selbsttätigkeit der Bürger überhaupt nicht zu betreiben. Der Ausbau der solidarischen Selbsthilfe muß also keineswegs zwangsläufig zum Abbau des Öffentlichen Dienstes führen. Damit aber eine zweckrationale Abwägung, wo das eine oder das andere sinnvoll ist, nicht von vorn herein am Diktat der Rotstifte scheitert, ist eine leistungsgerechte Vergütung jeder gesellschaftlich notwendigen Arbeit, gleichgültig welcher Rechtsform, unabdingbar. Lohndumping und Abbau im Öffentlichen Dienst können nur verhindert werden, wenn Ehrenamtlich-Tätige nach den Tarifen des Öffentlichen Dienstes für vergleichbare Tätigkeiten bezahlt werden.

...und wie weiter

Alle Selbsthilfemaßnahmen wie im vorigen Abschnitt umrissen sind ihrem Charakter nach Sofortmaßnahmen zur Linderung der größten Mangelwirtschaft. Es hieße sie überfordern und wäre strategisch der Tod jeder sozialistischen Bestrebung, wollte man von ihnen – wie übrigens von unserer Kommunalpolitik überhaupt! – mehr erwarten als dies: Mit dem breiten Ausbau der Selbsthilfe wird das Gemeinwesen etwas weniger abhängig von den „Marktkräften“ – sprich: etwas weniger von Investoren erpressbar. Z.B. könnte die Stadt selbstbewußter und flexibler auf Standortverlagerungen, Betriebsschließungen, Massenentlassungen reagieren, wenn die Übernahme von Betrieben, Gründung von Auffanggesellschaften, Beschäftigungs- und Qualifizierungsbetrieben usw. zu den selbstverständlichen Handlungsoptionen der Kommune gehören. Die Folge wäre auch, je breiter und lebensfähiger der „informelle Sektor“, umso mehr könnte die Kommune ihre gesamte Wirtschaftsförderung umbauen und Fördermittel umlenken: weg von der Subventionierung von „Leuchtturm“-Projekten in wenigen privilegierten, ohnehin hoch lukrativen Weltmarktindustrien – hin zur Breitenförderung lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe.

Mehr kann Selbsthilfe nicht leisten. Sowohl mengenmäßig als auch wertmäßig und technologisch wird der 2. Arbeitsmarkt immer zweiter bleiben. Selbst wenn alle heute brachliegende Arbeitskraft gemeinwirtschaftlich produktiv würde, sind am 1. Arbeitsmarkt in Dortmund mehr als doppelt so viele Arbeitskräfte beschäftigt. Und selbst wenn Langemeyers Dortmund-Projekt voraussichtlich als Sprechblase zerplatzt und der Dortmunder Arbeitsmarkt mittel- und langfristig weiter schrumpft, lassen sich niemals die gesamte Güterproduktion und ihre

unternehmensnahen Dienstleistungen „alternativ“ organisieren. Die Herstellung von Mikro- und Nanosystemen, Lasertechnik, Kristallbildschirmen, Motoren und Turbinen etc., die Steuerung hochkomplexer Prozesse erfordern auch in Zukunft hochentwickelte Technologien mit industrieller Arbeitsorganisation und entsprechender Finanzpower. Der komplexe, weltweite Verbund von Hochtechnologien wird sich sogar noch beschleunigen. Die Frage ist nicht, ob die Gesellschaft als ganze darauf jemals verzichten wird, um zur lokalen Kleinproduktion auf Selbsthilfeniveau zurückzukehren – aus freiem Willen wird sie das niemals tun – die Frage ist vielmehr: Dürfen Politiker, die Verantwortung für eine Großstadt tragen, sich den Leichtsinn eines subalternen Verwaltungsangestellten leisten, der mal ein halbes Monatsgehalt im Spielcasino verzockt? Darf ein gewiß liebenswertes aber global unbedeutendes Provinznest einen erheblichen Teil seiner Daseinsvorsorge im globalen Monopoly um derlei Hochtechnologien aufs Spiel setzen? – Oder sollten wir nicht besser unsere real vorhandenen Potenzen aus eigener Kraft weiter entwickeln? Was die Logistikbranche in unserer Region erfolgreich vormacht (von ihren Mängeln in Bezug auf Einkommen, Arbeitsbedingungen und Ökologie einmal abgesehen), können mit entsprechender Wirtschaftsförderung auch andere Branchen erreichen. Der gemeinwirtschaftliche Sektor könnte dafür insofern eine Vorbildfunktion übernehmen, als er bei entsprechender Förderung den Beweis liefert, daß die Anarchie des Marktes keineswegs die effektivste Form ist, die eigenen Kräfte zu entwickeln, sondern daß solidarische Kooperation ungeahnte Schöpferkräfte freisetzt.

Die Selbsthilfe bleibt also weiterhin die „Ökonomie der Armen“, deren einziges Kapital ihre verfügbare Zeit und Arbeitskraft sind. Um die Armut als gesellschaftliche Krankheit zu überwinden, wozu der Markt augenscheinlich immer weniger imstande ist, brauchen die arbeitenden / arbeitsfähigen Menschen über ihre Arbeitskraft und freie Zeit hinaus Produktionsmittel. Die Gesellschaft kommt um das Problem nicht herum, die Monopolisierung der Produktionsmittel in Privathand aufzuheben und die (wichtigsten) Produktionsmittel wieder in gemeinschaftlichen Besitz zu nehmen. Die Eigentumsfrage bleibt die zentrale Zukunftsfrage der Menschheit.

Die Lösung dieses Problems übersteigt bei weitem die Möglichkeiten einzelner Kommunen. Aber Kommunalpolitik kann die Lösung vorbereiten helfen. Jeder Erfolg der gemeinschaftlichen Arbeit für die öffentliche Daseinsvorsorge und jede Verteidigung öffentlichen Eigentums gegen Privatisierung, nicht allein aus kurzfristigem Kalkül wie oben dargelegt, sondern mit dem erklärten Ziel, Armut und ungerechte Verteilung aufzuheben, ist ein Schritt in Richtung der „anderen Welt“, die möglich ist. Und Kommunalpolitik kann mehr tun, als die kläglichen Reste an Gemeineigentum zu verteidigen.

Das größte Gewicht kommt dabei der städtischen **Investitionspolitik** zu. Noch vor wenigen Jahren zeichneten die Kommunen für zwei Drittel der öffentlichen und ein knappes Zehntel aller Investitionen in Deutschland verantwortlich. Doch seit 1994 verfiel ihre Investitionskraft von 30 Mrd. Euro auf 22 Mrd. Auf Dortmunder Ebene schrumpfte der städtische Investitionshaushalt seit dem Jahr 2000 um ein knappes Viertel (-23%). Darunter leidet vor allem die lokale Bauwirtschaft, über sie vermehrt die Stadt indirekt, aber spürbar das Arbeitslosenheer.

Öffentliche Investitionen sollen und müssen nicht unbedingt in Konkurrenz zu vorhandenen privaten Anbietern treten – hierfür setzt das geltende Recht ohnehin enge Grenzen – sondern zunächst die öffentliche Daseinsvorsorge auf allen Gebieten sichern, wo der Markt das nicht gewährleistet. Die wichtigsten Aufgaben öffentlicher Daseinsvorsorge werden unbedingt gemeinwirtschaftlich bleiben bzw. wieder in öffentliches Eigentum rückübertragen werden müssen. Dazu gehört die Trinkwasserversorgung, der ÖPNV, aber auch die Gesundheitsversorgung, die Energiewirtschaft und offenkundig dringend auch die Abfallwirtschaft. Die Abwasserentsorgung wurde allein deshalb noch nicht privatisiert, weil die Kanalnetze so alt und marode sind und in den nächsten Jahrzehnten horrend Ersatzinvestitionen verschlingen. Damit bewegen wir uns nun schon in großindustriellen Branchen, die weit über die Möglichkeiten bürgerschaftlicher Selbsthilfe hinausgewachsen sind. Die Stadt muß nicht der Arbeitsplatzvernichtung durch Konzerne und Spekulanten hilflos zusehen. Notwendig ist eine Wirtschaftsförderung, die öffentliche Vergünstigungen an vertragliche Vereinbarungen zur Sicherheit der Arbeitsplätze und zur Schaffung von Ausbildungsplätzen bindet. Fördermittel können sogar, sobald ein gefördertes Unternehmen vereinbarte Auflagen nicht einhält, ohne weiteres in kommunale Unternehmensbeteiligungen umgewandelt werden. Wenn man das nur will.

- Zu fordern und bei entsprechendem politischen Willen heute schon möglich ist, öffentliche Aufträge nur an Unternehmen zu vergeben, die sich zur Einhaltung sozialer Kriterien und/oder Offenlegung von Produktions- und Entscheidungsprozessen verpflichten. Die Stadt hat darauf hinzuwirken, daß die bestehenden Spielräume hierfür vom Staat (Bund, Land, EU, GATS-Verhandlungen!) und den Gerichten nicht noch mehr eingeengt, sondern ausgeweitet werden.

- Zu fordern ist ein sofortiger und grundsätzlicher Stop aller Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen und stattdessen die schrittweise Überführung der gesamten kommunalen Versorgung und Entsorgung in städtische Eigenbetriebe.
- Zu unterstützen ist die dringliche Forderung der Kommunalen Spitzenverbände nach einem Investitionsprogramm. Dabei ist Investitionen in städtische Eigenbetriebe gegenüber anderen Investitionen der Vorzug zu geben.
- Eine besonders wichtige Rolle kann und muß die Stadt wieder in der Wohnungswirtschaft übernehmen. Nach Erfahrungen der PDS in ostdeutschen Kommunen muß die öffentliche Hand mindestens 15 bis 25% des Wohnungsbestandes bzw. der Bautätigkeit direkt im Eigenbetrieb übernehmen, damit die Wohnungsversorgung sozial ausgewogen bleibt (siehe unser Programm „für ein solidarisches Dortmund“).
- Zu fordern ist die demokratische Kontrolle der städtischen Eigenbetriebe durch deren Beschäftigte und Nutzer sowie die breite öffentliche Erörterung der Finanz- und Investitionsplanung der Stadt.

Dies könnten die ersten Schritte zu einem Investitionshaushalt sein, der wirklich als „Beteiligungshaushalt“ funktioniert in dem Sinn, daß die Bürgerschaft selbst in basisdemokratischer Willensbildung über die Investitionsverteilung der Stadt bestimmt. Um in diesem Sinn autonom zu werden, ist der Investitionshaushalt vom Verwaltungshaushalt strikt zu trennen. Solche Bürgerhaushalte gibt es nach Porto Alegre und 200 anderen brasilianischen Städten auch schon in Barcelona, Bologna und im französischen Saint Denis. Die PDS hat auf der kommunalpolitischen Konferenz –West Ende 2003 in Offenbach große Sympathien für dies Modell bekundet. Wenngleich es nicht zum Allheilmittel hochgejubelt werden darf, könnte es bei uns doch einiges in Bewegung bringen.

Mit den Investitionen der Kommunen haushaltsrechtlich eng verknüpft ist ihre **Schuldenpolitik**. Der Schuldenstand der Dortmunder Stadtkasse erreicht schon das Vierfache des jährlichen Investitionshaushalts und übertraf 2002 erstmals den nachgewiesenen Vermögensbestand der Stadt. Schon lange übersteigen die jährlich fälligen Schuldzinsen die Tilgungsraten, schon lange kann die Stadt notwendige Investitionen wie z.B. die überfällige Schulsanierung nicht mehr aus eigener Kraft finanzieren. Doch Jahr für Jahr laden Kämmerer und Rat der Stadt immer neue Schuldenlasten oben drauf. Die Folge ist: Wie ein Dritte-Welt-Land rutscht sie auf der schiefen Ebene in die Schuldenfalle immer tiefer.

Zwar hat der Gesetzgeber die jährliche Neuverschuldung der Kommunen auf die Höhe ihrer jährlichen Investitionen und Investitionsförderung begrenzt, aber das bedeutet umgekehrt: Die Städte dürfen ihre gesamten Investitionen (über Zuweisungen und Zuschüsse hinaus) auf Pump finanzieren! Kommt dies schon einer schleichenden Auslieferung des öffentlichen Eigentums in die Hände der Banken gleich, so dient die gesetzliche Neuverschuldungsgrenze unseren Stadtspitzen sogar direkt als Argument für die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen. Der Dortmunder Kämmerer und die großen Ratsfraktionen begründeten die Ausgründung der städtischen Kliniken in eine GmbH im Jahr 2001 unter anderem explizit damit, als selbständiges Unternehmen unterlägen sie nicht mehr dem gesetzlichen Schuldenlimit, das heißt im Klartext, sie können auch über die jährlichen Investitionsausgaben hinausgehende Defizite mit Krediten abdecken.

Die Abwärtsspirale von Zinsen – neuen Schulden – noch höheren Zinsen – noch mehr Schulden... kann kein noch so rabiaten Kürzungs- und Sparregime mehr stoppen. Es gäbe nur einen Ausweg:

- Sofortiges Aussetzen der Schuldendienste an die Banken als erster Schritt zu einem Zinsmoratorium und einem schrittweisen Schuldenerlaß.
- Zu fordern ist darüber hinaus ein eigenes Insolvenzrecht der Kommunen, das sie wie jeden überschuldeten Privathaushalt von untragbaren Lasten befreit.

So radikal diese Forderungen erscheinen, so radikal sind heute schon die Kirchen, z.B. mit ihrer Kampagne zum „Erlaßjahr 2000“ zugunsten überschuldeter Staaten der Dritten Welt. Was im Fall notleidender Länder recht ist, sollte für unsere notleidenden Städte nicht mehr als billig sein.

Ein schrittweiser Schuldenerlaß zugunsten kommunaler Investitionen wäre weder rechtlich noch volkswirtschaftlich ein Problem. Nein, auch volkswirtschaftlich nicht: Was der Wirtschaft über den Umweg der Schuldzinsen an Gewinnen vorenthalten würde, käme ihr in Gestalt öffentlicher Investitionen wieder zugute.

Allerdings, auch das lehrt die erwähnte Erlaß-Kampagne: Da die Forderung ans allerheiligste Freiheitsrecht des Kapitals rührt, sich ganz legal an der Allgemeinheit zu bereichern, stößt sie auf den härtesten Widerstand der jeweiligen Gläubigerbanken und aller Marktapostel. Freiwillige Zugeständnisse werden da nur im Fall absoluter Zahlungsunfähigkeit der Schuldner erwogen (nach der Devise: Eine tote Kuh gibt keine Milch mehr). Wer es nicht soweit kommen lassen will, daß unsere Kommunen in Schulden, Müll und Slums ersticken wie die Städte der

Dritten Welt, darf der Konfrontation mit den Mächtigsten der Mächtigen, den Banken nicht ausweichen, wird ihnen die Luft zum Atmen abtrotzen müssen.

Es liegt noch keine zehn Jahre zurück, da leitete Dr. Klaus Kock von der Kooperationsstelle Wissenschaft-Arbeitswelt in Dortmund einen Vortrag über gewerkschaftliche Regionalpolitik mit den Worten ein: *“Auch der Strukturwandel in der Wirtschaft erfolgt nicht von selbst, er wird gemacht. ‘Strukturpolitik’ ist ein strategisches kollektives Handeln... In einer Marktwirtschaft befindet sich eine solche regulierende Politik im Widerspruch zu den Marktgesetzen, die sich spontan und ungeplant durchsetzen.”* (Klaus Kock, Bausteine für eine gewerkschaftliche Regionalpolitik, Münster 1997) Etwa zeitgleich starteten Schröder in Berlin, Clement in Düsseldorf, Langemeyer in Dortmund ihren Durchmarsch zur Gleichschaltung der SPD auf die ganz große Koalition der Marktparteien, Gewerkschaftsführer wie Schulte (DGB), Schmoldt (IGBCE) und Zwickel (IGM) am Schlepptau hinterdrein. Strukturpolitik – oder vormals “Industriepolitik” – verfiel dem Bannfluch der “Planwirtschaft”; was an ökonomischer Planung übrig blieb, glaubte man fortan bei den großen Konzernen und Banken einerseits, bei supranationalen Wirtschaftsagenturen wie der EU-Kommission andererseits am besten aufgehoben, die aber planen global, sektoral und rein für den shareholder-value, nicht regional und nicht für gesamtgesellschaftliche Ziele; an die Stelle der Stadt- und Regionalplanung trat die Wirtschaftsförderung als reine Unternehmensförderung.

Darin erschöpft sich seither die ganze Regionalpolitik unserer Stadtspitzen. Das Dortmund-Projekt bildete, entgegen dem ersten Anschein, keinerlei Ausnahme. Schon seine Ausgangsprämisse ergab sich nicht etwa aus einem regionalpolitischen, mit Nachbarn und übergeordneten gesellschaftlichen Instanzen abgestimmten System von Entwicklungszielen, sondern aus der plattesten Marktlogik der Konkurrenz um börsengängige Trendsetter: “New economy” war trendy und wurde gläubig auf zehn Jahre fortgeschrieben. Entsprechend marktkonform fiel das Instrumentarium des Projektes aus: Als einzige Planungsinstrumente der öffentlichen Hände gelten darin das Angebot passgenau qualifizierter Arbeitskräfte (Hochschulen), das Angebot von Top-Immobilien (einschließlich Rundum-Service für “Gründer”), Event-Angebote für betuchte Gäste und Steuer- und Abgabefreiheit für Investoren.

Dagegen stand von Anfang an die theoretisch und empirisch begründete Erkenntnis: Arbeit und Wohlstand für alle wachsen nicht anarchisch aus der Konkurrenz hervor, niemals waren nachhaltige zivilisatorische Fortschritte ein Geschenk blinder Naturgewalten, sondern immer das Werk bewußter gesellschaftspolitischer Strategien. Erst recht eine Gesellschaft, die prinzipiell darauf besteht, alle ihre Mitglieder am zivilisatorischen Fortschritt teilhaben zu lassen, kann dies nur gewährleisten, indem sie dem Chaos der Marktkräfte fremde Regeln von außen aufzwingt. Das geht nicht ohne politischen Kampf, und der erfordert bestimmte Strategien, Strategie aber ist Plan, Planung. Strukturwandel steht und fällt auch im Ruhrgebiet mit regionaler Planung, Steuerung und Kontrolle der Wirtschaft, sowohl in Abstimmung mit den benachbarten Kommunen der Region als auch im Austausch mit anderen Regionen. Schon unterhalb der “Systemfrage”, schon heute geht es um gesamtgesellschaftliche Bestandsaufnahme der Stärken und Schwächen unserer Wirtschaftsregion und auf dieser Grundlage, über die einfältige “Leuchtturm”politik der Neoliberalen hinaus, um die Formulierung realistischer Entwicklungsziele im Einklang mit den Bedürfnissen und Fähigkeiten der real hier lebenden Menschen, im **Austausch** mit den Potentialen anderer Regionen.

Selbstverständlich muß dieser gesamtgesellschaftliche Planungsprozeß auch die Kräfte einbinden und mobilisieren, die heute und auf absehbare Zeit am ehesten die Ressourcen der Region produktiv organisieren könnten, das sind in erster Linie private, gewinnorientierte Unternehmer. Wir müssen uns auf eine Periode von unbestimmter Dauer einlassen, in der Gemeinwirtschaft und Profitwirtschaft miteinander koexistieren. Zum beiderseitigen Vorteil gelingt das aber nur, wenn nicht private Gewinnmaximierung, nicht die Marktmacht der größten Anleger, sondern die Solidarität der demokratischen Mehrheit der Bevölkerung die regionalwirtschaftliche Entwicklung beherrscht. Offenkundig besteht die erste große Herausforderung des “Solidarischen Dortmund” darin, die Stärke zu entfalten, die solche Bedingungen real durchsetzen kann. Auf diesem Weg erwartet uns zuerst die Aufgabe, im Dialog mit sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, den Hochschulen und anderen Akteuren die regionalwirtschaftlichen Entwicklungsziele am Bestand zu überprüfen und wo nötig neu zu bestimmen.

Dortmund, 12.01.2004